

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis,

der Sommer lässt zwar, zumindest was das Wetter anbelangt, so langsam etwas nach – dennoch hatte ich allen Grund, in der vergangenen Woche auf meiner Sommerreise als rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin mit der Presse durchs Land zu touren. Denn unabhängig vom Wetter gab es viel zu sehen zu unserem Schwerpunktthema der pflegerischen Versorgung und alle konnten sich davon überzeugen:

Die Pflege im Land ist auf dem Zukunftskurs. Lest gerne mehr dazu in der heutigen Ausgabe der „Wahlkreispost“!

Auch auf Tour ist demnächst Martin Schulz: Der SPD-Kanzlerkandidat wird auf seiner Wahlkampfreise durch die Bundesrepublik natürlich auch Halt in Rheinland-Pfalz machen. Wo ihr ihn treffen, hören und mit ihm ins Gespräch kommen könnt, erfahrt ihr natürlich auch hier.

Während für die Parteien in der vergangenen Woche die heiße Phase des Wahlkampfes angefangen hat, begann für die vielen Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz das neue Schuljahr. Und tatsächlich haben sich die Prognosen der Landesregierung bestätigt: Die Zahl der Schüler ist um über 5.000 gesunken. Wie das Land mit der sinkenden Schülerzahl umgeht und – noch wichtiger – was es für eine moderne Ausstattung unserer Schulen, individuelle Förderangebote und eine gute und qualitativ hochwertige Unterrichtsversorgung tut, dazu findet ihr im Folgenden eine ausführliche Berichterstattung von unserer Bildungsministerin im Land, Dr. Stefanie Hubig.

Nach wie vor gilt bei uns in Rheinland-Pfalz: Gebührenfreiheit durch Chancengleichheit ist ein Eckpfeiler unserer Bildungspolitik im Land. Und ich bin froh, dass Martin Schulz dafür auch im Bund kämpft.

Eine gute Woche wünsche ich euch!

Eure Sabine



Martin Schulz auf Tour in Rheinland-Pfalz

Bereits kurz nach seiner Nominierung als SPD-Kanzlerkandidat begeisterte Martin Schulz mit einer fulminanten Rede in Worms über eintausend Menschen. Nun wird Martin Schulz bis zum Wahltag am 24. September erneut für weitere Wahlkampfauftritte nach Rheinland-Pfalz kommen. Damit ist der Kanzlerkandidat der SPD insgesamt genauso häufig in Rheinland-Pfalz präsent wie seine Konkurrentin um das Kanzleramt, Kanzlerin Angela Merkel.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin, freut sich auf die „Martin Schulz Live“-Tour: „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit in unserem Land. Und von den beiden Bewerbern ums Kanzleramt hat nur einer klare Pläne, wie wir das erreichen können: Martin Schulz. Er ist der richtige Kandidat und ein außergewöhnlich guter Redner, der die Menschen am besten vor Ort von seinen sozialdemokratischen Visionen begeistern kann. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass wir ihn auf seiner Wahlkampftour gleich mehrfach in Rheinland-Pfalz begrüßen können.“

SPD-Generalsekretär Daniel Stich fügt hinzu: „Wir freuen uns ganz besonders, dass Martin Schulz gleich am zweiten Tag seiner Wahlkampftour Stopp in Rheinland-Pfalz machen wird. Das zeigt, dass Rheinland-Pfalz enorm wichtig für die SPD ist – nicht zuletzt, weil wir hier seit vielen Jahren mit erfolgreicher Regierungspolitik umsetzen, was die SPD nun auch im Bund anpacken will: sei es die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, der Meisterbonus, die Digitalisierung mutig zu gestalten oder auch die Polizei stark auszustatten. Viele inhaltliche Punkte des Regierungsprogramms sind ‚Made in Rheinland-Pfalz‘. Malu Dreyer und Martin Schulz verkörpern das moderne Deutschland. Das wird ein starker Wahlkampf!“

Die folgenden Termine wird Martin Schulz bis zur Bundestagswahl 2017 hier bei uns in Rheinland-Pfalz wahrnehmen:

22.08.2017 (15:45 Uhr) in Trier, Porta-Nigra-Vorplatz: „Martin Schulz live“ Tour

25.08.2017 (16:00 Uhr) in Kaiserslautern: 125 Jahre SPD Kaiserslautern

09.09.2017 (16:30 Uhr) in Mainz, Ernst-Ludwig-Platz: „Martin Schulz live“ Tour

13.09.2017 (17:30 Uhr) in Ludwigshafen, Theaterplatz: „Martin Schulz live“



STÄRKEN FÖRDERN, CHANCEN SCHAFFEN

Das Schuljahr 2017/18 in Rheinland-Pfalz hat begonnen

Zum neuen Schuljahr starteten rund 34.750 Abc-Schützen an den rheinland-pfälzischen Schulen ihre Schulkarriere. Die Gesamtzahl aller Schülerinnen und Schüler an den gut 1.500 allgemeinbildenden Schulen liegt nun bei rund 411.000. Die berufsbildenden Schulen hatten circa 119.000 Schülerinnen und Schüler zu erwarten. Nach dem derzeitigen sind das über 5.000 Schülerinnen und Schüler weniger als zum Stichtag der amtlichen Schulstatistik im Herbst des vergangenen Jahres.

„Wir bauen die Stärken unserer Schullandschaft weiter aus und betonen den Anspruch unseres Bildungslandes Rheinland-Pfalz. Dabei haben wir die Schülerinnen und Schüler genauso im Blick wie deren Eltern und die Lehrkräfte. Wir wollen bestehende Chancen nutzen und neue Möglichkeiten schaffen, um junge Menschen bestmöglich auf das Leben und den Beruf vorzubereiten“, unterstrich die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig.

„Insgesamt sind rund 930 Stellen zu besetzen, etwa 80 davon zum Einstellungstermin der berufsbildenden Schulen am 1. November. Damit stellen wir langfristig eine gute Unterrichtsversorgung sicher“, so Stefanie Hubig. „In Rheinland-Pfalz haben wir eines der jüngsten Lehrerkollegien bundesweit. Das ist das Ergebnis einer kontinuierlichen Einstellungspolitik, die den Schulen Handlungsfähigkeit sichert und den Schülerinnen und Schülern unmittelbar zu Gute kommt“, so Ministerin Dr. Hubig. Für eine verlässliche Personalplanung sei die Entwicklung der Schülerzahl maßgeblich: Nach dem derzeitigen Stand wird die Gesamtschülerzahl zum Schuljahr 2017/2018 um über 5.000 Schülerinnen und Schüler sinken. Bei den Einschulungen wird es im Vergleich zum Vorjahr rund 600 Erstklässlerinnen und Erstklässler mehr geben.



„Unseren Prognosen zufolge, werden die Schülerzahlen in Rheinland-Pfalz noch bis 2021 weiter zurückgehen und dann wieder leicht ansteigen. Die absolute Zahl wird dennoch unter der von 2016 bleiben. Wir begleiten diese Entwicklungen vorausschauend in unseren Planungen und stellen so eine bedarfsgerechte, zukunftsfeste und pädagogisch sinnvolle Versorgung mit Lehrkräften sicher“, so Hubig weiter.

„Im Gegensatz zu manch anderen Bundesländern können wir in den Grundschulen alle Planstellen mit ausgebildeten Grundschullehrkräften besetzen. Allerdings zeichnet sich auch bei uns der bundesweite Fachkräftemangel im Grundschulbereich ab. Wir begegnen dieser Entwicklung aktiv: Mit gezielten Maßnahmen werben wir für das Lehramt an Grundschulen und stellen seit dem Frühsommer dieses Jahres ganzjährig flexibel Lehrkräfte auf Planstellen ein – nicht nur zu Schuljahresbeginn und -mitte, wie es bisher gehandhabt wurde. Außerdem werden wir Lehrkräften aus anderen Schularten, die an einer Grundschule vertreten, zusätzliche Fort- und Weiterbildungen anbieten und die Möglichkeiten einer Wechselprüfung für das Grundschullehramt ausbauen“, sagte die Bildungsministerin.

Zum neuen Schuljahr wird an weiteren vier Standorten der Ganztagschulbetrieb aufgenommen. Und: Für das Schuljahr 2018/2019 wurden zusätzlich neun Optionen auf Errichtung von Ganztagschulen vergeben. „Wir sind das Ganztagsland. Bereits 2002 hat Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland ein eigenes Landesprogramm zum Ausbau von Ganztagschulen aufgelegt und seither Stück für Stück erfolgreich ausgebaut. Unsere Ganztagschulen stehen für hochwertige Bildungsangebote, bei denen sich am Nachmittag Unterricht und Förderung, Arbeits- und Erholungsphasen sowie Bewegung und Ruhe sinnvoll miteinander verzahnen. Das Angebot unterscheidet sich deutlich von reinen Betreuungsangeboten, wie es sie in vielen anderen Bundesländern gibt. Das kommt den Kindern unmittelbar zu Gute und stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, betonte die Ministerin.

Rheinland-Pfalz setzt dabei zum ganz überwiegenden Teil darauf, dass Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihren Eltern wählen können, ob sie am Ganztag teilnehmen oder nicht, sich dann aber für ein Jahr binden. Zu den weiteren schulischen Neuerungen zählen landesweit sieben neu beauftragte Schwerpunktschulen. Schwerpunktschulen sind Grundschulen und weiterführende Schulen der Sekundarstufe, an denen Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im inklusiven Unterricht gefördert werden. Landesweit gibt es damit künftig 296 Schwerpunktschulen. Wir setzen weiter auf das Prinzip der Wahlfreiheit, das es Eltern betroffener Kinder erlaubt, sich zu entscheiden, ob der Besuch einer Schwerpunktschule oder der Förderschule am ehesten im Interesse ihres Kindes liegt.

Die Digitalisierung zu begleiten und zu gestalten ist seit Jahren ein Schwerpunkt rheinland-pfälzischer Bildungspolitik. Bereits im Jahr 2007 haben wir das bis heute sehr erfolgreiche Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ aufgelegt, um Schulen fit zu machen für die digitale Zukunft. Im Mittelpunkt des bundesweit beachteten Landesprogramms steht eine umfassende Förderung der Medienkompetenz von allen an Schule Beteiligten. Seither nahmen rund 65.000 Lehrkräfte an Fortbildungsangeboten zum Einsatz digitaler Medien im Unterricht teil, über 2.900 Jugendmedienschutzberaterinnen und -berater wurden qualifiziert und über 2.400 Schülerinnen und Schüler als Medienscouts ausgebildet. Mit einer Fördersumme von annähernd 22 Millionen Euro wurden seither 580 weiterführende Schulen mit knapp 13.000 Notebooks und Tablets sowie mit mehr als 1.500 Interaktiven Whiteboards ausgestattet. „Nach einer erfolgreichen Pilotphase an zwölf Grundschulen wird unser Landesprogramm zum Schuljahr 2017/2018 jetzt auch im Primarbereich ausgeweitet. Dieses Jahr werden landesweit 125 Grundschulen in das Programm aufgenommen, diese erhalten eine Förderung im Wert von jeweils



7.500 Euro, profitieren von zielgerichteter Beratung und hochwertigen Fortbildungsangeboten“, sagt die Bildungsministerin.

„Das nächste Großprojekt steht schon vor der Tür: Mit dem Start der Entwicklung des ‚Schulcampus RLP‘ stellen wir sicher, dass alle Schülerinnen und Schüler jederzeit eine digitale Lernumgebung nutzen können. Damit erfüllt Rheinland-Pfalz die

zentrale Forderung der Digitalstrategie der Kultusministerkonferenz, die vorsieht, dass in den Ländern bis 2021 eine entsprechende Lernumgebung geschaffen wird“, so Ministerin Dr. Hubig. Mit dem Schulcampus soll für alle rheinland-pfälzischen Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler ein Webportal entstehen, das nach einmaliger Eingabe von Anmeldenamen und Passwort die Nutzung aller verschiedenen digitalen Angebote des Landes ermöglicht. Außerdem arbeitet das Bildungsministerium aktuell an neuen Modulen für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, die sie dabei unterstützen, ihren Schülerinnen und Schülern Kompetenzen für das Leben und Lernen in der digitalen Welt zu vermitteln. „Wir erwarten, dass der Bund die Länder und die Kommunen als Schulträger beim gebotenen Ausbau der digitalen Infrastruktur und der Ausgestaltung des digitalen Lernen und Lehrens nicht alleine lässt“, fordert Stefanie Hubig erneut ein.

„Dass wir schon heute Antworten auf die Fragen von morgen suchen, ist Leitlinie unseres Politikhandelns. Deshalb legen wir jetzt die Grundsteine, um dem Fachkräftemangel mit einer gezielten Schwerpunktsetzung entgegenzutreten. Die MINT-Initiative ist ein zentrales Element in der Fortschreibung der ‚Landestrategie zur Fachkräftesicherung in Rheinland-Pfalz‘, ergänzt die Berufs- und Studienorientierung und die gezieltere Förderung von Potenzialen junger Menschen“, führt die Ministerin aus. Nach der Einberufung des Runden Tisches „MINT“, liegen jetzt die ersten Ergebnisse aus den Arbeitskreisen und Workshops vor, die im vergangenen Schuljahr erarbeitet wurden. Bei seiner zweiten Sitzung Ende August wird der Runde Tisch eine Gesamt-Strategie vorstellen.

Ergänzend zur bereits präsentierten App „Zukunft läuft!“ wird im Laufe des ersten Halbjahrs eine Online-Suchmaschine für Termine zur Berufs- und Studienorientierung zur Verfügung gestellt. Dort können Anbieter – etwa von Berufsmessen – ihre Veranstaltungen eintragen. Die Ergebnisse lassen sich von allen Interessierten dann zeitlich, regional und thematisch filtern. Die Treffer sind mit den Seiten der Anbieter verlinkt. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte, Berufsberaterinnen und Berufsberater können sich so schnell einen Überblick verschaffen. Unser erfolgreiches Projekt „Keiner ohne Abschluss“ wird im kommenden Schuljahr fortgeführt. Es eröffnet jungen Menschen eine zweite und wenn nötig auch eine dritte Chance, um mit einem Schulabschluss gute Voraussetzungen für den Berufsstart zu schaffen.

Die gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur „Förderung leistungsstarker und potenziell besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler“ startet zum zweiten Schulhalbjahr. Ziel der Initiative, die auf einem Beschluss der Kultusministerkonferenz beruht, ist es, durch einen befristeten Einsatz zusätzlicher Ressourcen dazu beizutragen, dass Schulen nachhaltige Strukturen entwickeln, um besonders begabte Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern. „Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die Potenziale von Kindern und Jugendlichen aus weniger bildungsnahen Elternhäusern, insbesondere mit Migrationshintergrund, sowie auf die Ausgewogenheit der Geschlechter, insbesondere der Mädchen im MINT-Bereich, gerichtet werden“, erklärt die Bildungsministerin.

„Chancenvielfalt, Bildungsgerechtigkeit und eine hohe Qualität beim Lehren und Lernen – das bleiben die Eckpfeiler der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik. Darauf bauen wir auf und gestalten gemeinsam mit allen an Schule Beteiligten gute Bildung für heute, morgen und übermorgen“, schließt Stefanie Hubig.

NEUES POLIZEIPRÄSIDIUM FÜR MEHR SICHERHEIT IN RHEINLAND-PFALZ

Bereiche Einsatz, Logistik und Technik neu organisiert

Mit der Errichtung eines neuen Polizeipräsidiums Einsatz, Logistik und Technik wird die Landesregierung verstärkt der aktuellen Sicherheitslage Rechnung tragen und mit organisatorischen Anpassungen die Polizeiarbeit noch effektiver gestalten.

„Insbesondere neue Herausforderungen im Bereich des Terrorismus, neue Kriminalitätsphänomene, personalintensive Einsatzlagen und technische Entwicklungen erfordern flexible und leistungsfähige polizeiliche Organisationsstrukturen“, betonte Innenminister Roger Lewentz nach der Zustimmung des Kabinetts zu einem Landesgesetz zur Optimierung der Organisation der Polizei. Das Gesetz, das nun in den Landtag eingebracht werde, sei ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Polizei und der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.

In dem neuen Präsidium werden die Bereitschaftspolizei, die Spezialeinheiten, die Zentralstelle für Polizeitechnik, das Wasserschutzpolizeiamt und die Zentralstelle für Gesundheitsmanagement der Polizei als jeweils eigene Abteilung zusammengeführt. Mit einer landesweiten Zuständigkeit werden einsatzunterstützende Tätigkeiten durch Kräfte der Bereitschaftspolizei und der rheinland-pfälzischen Spezialeinheiten übernommen werden. Daneben wird ein einheitliches Beschaffungswesen den Vorgaben des Landesrechnungshofs berücksichtigen. Ferner wird erstmals eine zentrale Stelle für Arbeits- und Gesundheitsschutz zur Koordinierung und Vernetzung ganzheitlicher Maßnahmen im Gesundheitswesen der Polizei geschaffen.

In einem zweiten Schritt wird die bislang für die polizeiliche Fortbildung zuständige Landespolizeischule in die für die Ausbildung der Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter zuständige Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz integriert. Eine Aus- und Fortbildung „unter einem Dach“ wird die Leistungsfähigkeit der Polizeikräfte weiter erhöhen. Die Neuorganisation führt zu einer Verringerung von elf Polizeibehörden und Einrichtungen auf acht Polizeibehörden.

PFLEGE IM LAND AUF ZUKUNFTSKURS

Pressereise von Sabine Bätzing-Lichtenthäler zeigt Best-practice-Beispiele aus ganz Rheinland-Pfalz

Die Schwerpunkte der rheinland-pfälzischen Pflegepolitik standen im Mittelpunkt der heutigen Pressereise mit Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Gemeinsam mit Journalistinnen und Journalisten besuchte sie ausgewählte Stationen im Land, die einen Einblick in neue Angebote geben und wichtige Lösungsansätze für die Weiterentwicklung einer guten pflegerischen Versorgung veranschaulichen: wohnortnahe Beratung und Unterstützung durch Pflegestützpunkte, Prävention, sozialräumliche Hilfe-Mix-Strukturen, gemeinschaftliche Wohnformen und Weiterentwicklung stationärer Pflegeeinrichtungen.

„Im Zentrum stehen die Menschen mit ihrem individuellen Unterstützungsbedarf. Sie sollen ihre notwendigen Unterstützungsangebote und Hilfen passgenau dort erhalten, wo sie leben – in ihren Dörfern und Quartieren. Pflege muss für diese Aufgabe sozialräumlich und vernetzt organisiert sein. Wir stärken und unterstützen die Kommunen in Rheinland-Pfalz bei der Gestaltung der kommunalen Pflegestrukturplanung. Denn die Planung der Versorgungsstrukturen muss auf kommunaler Ebene erfolgen“, betonte Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler.

Mit 135 Pflegestützpunkten hat Rheinland-Pfalz das bundesweit dichteste Netz an wohnortnahen Pflegeberatungsstellen. Auch am Standort Wörrstadt, der ersten Station der Preetour: Im Pflegestützpunkt werden Menschen, die Rat und Unterstützung bei Fragen rund um die Pflege suchen, dabei unterstützt, den Hilfebedarf zu erfassen und die Unterstützungs- und Versorgungsangebote zu organisieren. Außerdem beteiligt sich Wörrstadt am Landesmodellprojekt „Gemeindeschwesterplus“, bei denen hochbetagte, noch nicht pflegebedürftige Menschen durch präventive Hausbesuche begleitet und in einer aktiven Lebensführung gefördert werden. Auch für die Weiterentwicklung von Hilfe-Mix-Strukturen durch Angebote zur Unterstützung im Alltag gibt es in Wörrstadt gute Beispiele, etwa eine Betreuungsgruppe zur Entlastung Angehöriger. Das Land fördert mit der Finanzierung der „Servicestelle für Angebote zur Unterstützung im Alltag“ und neuen landesrechtlichen Regelungen den Auf- und Ausbau von Hilfe-Mix-Strukturen, damit die Menschen mit Unterstützungsbedarf möglichst lange zu Hause leben können.

Menschen jeden Alters mit und ohne Unterstützungsbedarf sollen so lange wie möglich in ihrem Quartier zusammen wohnen können. Dieser Wunsch vieler Menschen wird im neu eröffneten Quartiersprojekt „Am liebsten daheim“ der GEWO Wohnen GmbH in Speyer Wirklichkeit, der zweiten Station der Reise: Bezahlbare seniorengerechte Wohnungen, eine aktive Nachbarschaft, ein rund um die Uhr vor Ort präsenter Sozialdienst und eine Tagespflege sind wichtige Bausteine des Angebots, das sich am sogenannten „Bielefelder Modell“ orientiert. Die Landesregierung fördert die Entwicklung solcher Mehrgenerationen-Wohnprojekte mit professionell organisiertem Hilfe-Mix auch in anderen Städten, unterstützt die beteiligten Wohnbauunternehmen im Rahmen einer Projektgruppe und durch die Landesberatungsstelle Neues Wohnen.



Stationäre Pflegeeinrichtungen sind ein wichtiger Baustein für die betreuende und pflegerische Versorgung. Ihre Ausrichtung verändert sich zunehmend weg von herkömmlichen Pflegeeinrichtungen, die sich nur auf die Versorgung ihrer Bewohnerinnen und Bewohner konzentrieren, hin zu in die Gemeinde vernetzten Angeboten. Die Öffnung der Einrichtungen in die Gemeinde, ins Quartier

ist Teil dieser Weiterentwicklung. Davon konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Pressereise beim Rundgang durch das Diakoniezentrum Bethesda in Landau überzeugen. Das Land setzt starke Impulse für die Neuausrichtung stationärer Angebote und bestärkt die Einrichtungsträger darin, das Wohnen in Einrichtungen zum Beispiel nach dem Hausgemeinschaftsmodell des Kuratoriums Deutsche Altershilfe zu organisieren. Diese Veränderungen orientieren sich an den Wünschen, Fähigkeiten und Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner und tragen dazu bei, deren Lebensqualität zu stärken und zu verbessern.

„Wir stellen heute die Weichen dafür, dass wir auch in Zukunft im Alter gut unterstützt und versorgt sind“, so die Ministerin. „Dazu gehört, neben neuen quartiersbezogenen Versorgungsangeboten, dass wir die Pflegeberufe deutlich attraktiver machen. Mit unserer Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative haben wir bereits viel erreicht und setzen die Arbeit fort: Dabei geht es neben Aus- und Weiterbildung und der Weiterentwicklung der Pflegeberufe, auch um attraktive Beschäftigungsbedingungen. Wir setzen auf ein gut ausgebautes Pflegesystem – ausgerichtet auf Teilhabe und Lebensqualität.“

48 MIO. MEHR FÜR KRANKENHÄUSER IM LAND

Versorgungsstrukturen sollen besser und effizienter werden

Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler informierte heute in Mainz über den Sachstand zum Krankenhausstrukturfonds: „Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, im Einvernehmen mit den Landesverbänden der Krankenkassen und den Ersatzkassen fristgerecht bis zum 31. Juli 2017 beim Bundesversicherungsamt Anträge für den Krankenhausstrukturfonds im Umfang des gesamten für Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehenden Finanzvolumens zu stellen.“

Rheinland-Pfalz schöpft die Strukturfondsmittel mit den Anträgen vollständig aus. Wenn die Anträge vom Bundesversicherungsamt bewilligt werden, können den Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz rund 48 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, so die Ministerin. Die eine Hälfte von diesen rund 48 Millionen Euro wird aus Landesmitteln finanziert, die andere aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung.



Der Krankenhausstrukturfonds soll laut der Ministerin in den nächsten Jahren dazu beitragen, dass Versorgungsstrukturen noch besser und effizienter auf die Zukunft ausgerichtet werden können. „Ich bin stolz darauf, dass wir das erste Bundesland sind, das mit den Mitteln des Strukturfonds einem Standort – Zweibrücken – helfen konnte, den notwendigen Strukturwandel zu vollziehen. Ich bin mir allerdings sehr bewusst, dass Strukturwandel kein einfacher Prozess ist. Gleichwohl müssen wir diesen Prozess aktiv gestalten. Die Versorgungssicherheit muss immer gewährleistet sein. Das ist die große Aufgabe aller im Gesundheitswesen Verantwortlichen“, so Bätzing-Lichtenthäler.

In Zweibrücken können dem Landesverein für Innere Mission bei entsprechendem Mittelabruf knapp 13,7 Millionen Euro für Kosten im Rahmen der Konzentration stationärer Leistungen ausgezahlt werden. Hierfür liegt der Bewilligungsbescheid des Bundesversicherungsamtes bereits seit Ende August 2016 vor, sodass in 2016 und 2017 schon rund acht Millionen Euro an den LVIM ausgezahlt werden konnten. Hierbei geht es insbesondere um Kosten für schließungsbedingte Personalmaßnahmen für die Krankenhausmitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das heißt Löhne und Gehälter zwischen Schließung des Ev. Krankenhauses in Zweibrücken und Endzeitpunkt der Kündigung sowie Abfindungszahlungen.

Im Rahmen der Schließung des Evangelischen Krankenhauses in Zweibrücken wurde der Versorgungsauftrag des Nardini-Klinikums um 50 Betten im Bereich der Inneren Medizin erweitert. Um diese Kapazitäten am Standort des Nardini-Klinikums aufzunehmen bedarf es eines Erweiterungsbaus, der bis zum Jahr 2020 errichtet werden soll. Hierfür sind rund 12,3 Millionen Euro der 48 Millionen Euro vorgesehen, so die Gesundheitsministerin.

Rund 22 Millionen Euro aus dem Krankenhausstrukturfonds sollen für strukturelle Veränderungen der Loreley-Kliniken St. Goar-Oberwesel verwendet werden. Zukünftig sollen die stationären Leistungen am Standort St. Goar an den Standort Oberwesel verlagert werden, sodass das Krankenhaus in Oberwesel auf insgesamt 183 Planbetten erweitert wird und der Standort St. Goar schließt. Ziel dieser Konzentrationsmaßnahme ist es insbesondere, Vorhalteaufwand zu reduzieren. Um die entsprechenden Kapazitäten aus St. Goar aufzunehmen, bedarf es am Standort Oberwesel einer baulichen Erweiterung. Dazu soll ein Gebäude an den Bestand angeschlossen werden. Ziel ist es, dass der Erweiterungsbau bis Ende 2021 bezugsfertig ist; bis dahin wird der Standort St. Goar in Betrieb bleiben.

Bätzing-Lichtenthäler betonte hierzu: „Mir war und ist es wichtig, dass wir die Krankenhausstrukturfondsmittel nicht nur für Veränderungen der Krankenhäuser im städtischen Raum, sondern auch in der Fläche nutzen. Daher freue ich mich, dass der Antrag für die Loreley-Kliniken gestellt werden konnte. Gerade für kleinere Krankenhäuser in der Fläche ist es wichtig, sich mit der Frage von Verbänden und Konzentrationsmaßnahmen auseinanderzusetzen, um sie effizienter und damit zukunftsfähig aufzustellen.“

Die Ministerin dankte allen an dem Verfahren Beteiligten für die konstruktive und gute Zusammenarbeit.